



Montage eines Windrads in Mecklenburg-Vorpommern

JOCHEN ZICK / ACTION PRESS

ENERGIE

Die große Flaute

Nach der Pleite der Öko-Firma Prokon zittern bundesweit Windstrom-Investoren um ihr Geld. Eine Branchenanalyse zeigt: Mindestens die Hälfte der Projekte, in die Sparer mit dem Versprechen auf hohe Rendite gelockt wurden, läuft schlecht.

Drei Übertragungswagen, zehn Kamerateams, rund 50 Journalisten: An Aufmerksamkeit mangelte es Carsten Rodbertus nicht, als er vergangenen Donnerstag in der schleswig-holsteinischen Provinz in Jeanshemd und mit Firmenblouson eine Montagehalle seiner Firma Prokon betrat – und der Öko-unternehmer mit dem grauen Zopf erfüllte die Erwartungen. Die Pressekonferenz geriet zum Spektakel.

Mehrere hundert Mitarbeiter begrüßten Rodbertus mit Applaus und Bravorufen – obwohl er einen Insolvenzverwalter mitgebracht hatte.

Doch im Grunde sei die Firma gesund, so die Botschaft des Ökogurus, „zwölf

Tage am Stück, zwölf Stunden am Tag“ habe die Belegschaft zuletzt geackert, um eine Pleite zu verhindern.

Dass es nicht gelang, die Firma zu retten, ist in Rodbertus' Welt vor allem Schuld der Anleger, die insgesamt 1,4 Milliarden Euro in die Firma gesteckt haben. Sie fordern nämlich derzeit in Scharen ein, was er ihnen einst versprochen hat: mindestens sechs Prozent Zinsen pro Jahr oder eine Rückzahlung des Kapitals, wenn sie den Vertrag kündigen. Vergangene Woche musste Prokon deshalb vorläufig Insolvenz anmelden. 75 000 Sparer bangen um ihr Geld.

Es ist eine der spektakulärsten Pleiten eines Geschäftsmodells, von dem sich Poli-

tiker und Geldanleger einen doppelten Gewinn versprochen: Wer sein Geld in Windparks anlegt, so lautete die Losung, hilft gleichzeitig der Umwelt und dem eigenen Kontostand. Und weil der Staat 20 Jahre lang feste Fördersätze garantiert, erschien vielen Bürgern die Verheißung der Anlagebranche durchaus plausibel: auf sichere Weise satte Rendite machen, und das mit gutem Gewissen.

Doch nun mehren sich die Anzeichen, dass der grüne Kapitalismus nicht alle Hoffnungen erfüllen kann. Bei Gerichten in ganz Deutschland stapeln sich Klagen von Windpark-Anlegern, die seit Jahren keine Ausschüttungen mehr aus ihrem Investment gesehen haben oder deren

Parks schlicht pleite sind. Verbraucherschützer klagen, dass viele Projekte falsch konstruiert und undurchsichtig gemanagt sind. Und in der Ökostrom-Branche grasiert die Angst, dass nach der Prokon-Pleite und den jüngsten Energiewendepänen von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel immer weniger Anleger in Windparks investieren wollen.

Das gilt vor allem für jene große Zahl an Projekten, die nach dem Investorenmodell der sogenannten geschlossenen Fonds organisiert sind. Sie sind in der Regel auf eine Laufzeit von 20 Jahren angelegt, werden von einem begrenzten Kreis von Anlegern gespeist und versprechen jährlich Auszahlungen.

Doch neue Zahlen, zusammengetragen und über Jahre hinweg ausgewertet, belegen nun, was geprellte Anleger schon lange vermuteten: Bei rund der Hälfte dieser kommerziellen Windpark-Gesellschaften laufen die Geschäfte derart schlecht, dass die Anleger froh sein können, wenn sie nach der üblichen Laufzeit von 20 Jahren ihr Kapital zurückbekommen.

Das jedenfalls ist das Ergebnis einer Auswertung von 1150 Jahresabschlüssen, die Werner Daldorf, Vorstandsvorsitzender im Anlegerbeirat des Bundesverbandes Windenergie, im Laufe von etlichen Jahren gesammelt hat. Daldorf ist eigentlich Steuerberater, ein typischer noch dazu: zurückhaltend, akribisch, mit randloser Brille und braunem, gescheiteltem Haar. Seit 1990 fungiert der 63-Jährige als Berater bei Windenergie-Projekten – und seit 2002 ist er im Anlegerbeirat des Bundesverbands Windenergie aktiv, der Interessenvertretung der Branche.

Für diese Aufgabe hat der Kasseler umfangreiches Material zusammengetragen, das Regalreihen voller Leitz-Ordner füllt und erstmals eine Bewertung der Geschäfte von über 170 kommerziellen Windparks über mehr als zehn Jahre hinweg erlaubt (siehe Grafik).

Das Ergebnis ist ernüchternd: Im Schnitt haben die Anleger pro Jahr Ausschüttungen in Höhe von 2,5 Prozent ihres eingesetzten Kapitals bekommen. „Über den Verlauf von zehn Jahren sind das also 25 Prozent der Einlage – während nach den Prospekten schon 60 bis 80 Prozent geflossen sein sollten“, sagt Daldorf.

Selbst wenn die Ausschüttungen in den kommenden Jahren noch stark zunehmen sollten, weil beispielsweise die Bankschulden der Fonds dann abgetragen sind, dürften sich nur Parks in sehr guten Lagen wirklich rechnen.

Schaut man sich die Ergebnisse im Detail an, ist das Bild noch schlimmer. Ein Fünftel aller Parks, für die Abschlüsse über einen Zeitraum von zehn Jahren vorliegen, haben ihren Anlegern nämlich nicht in einem einzigen Jahr mehr als zwei Prozent ihres Einsatzes überwiesen.

Daldorfs Erkenntnisse sind überraschend, angesichts der üppigen Subventionen, die der Staat seit Jahren in alternative Energien steckt. Der garantierte Preis für eine Kilowattstunde Ökostrom beträgt derzeit im Schnitt 17 Cent – das ist das Vierfache des Börsenpreises. Wegen der großzügigen Staatszuschüsse werben Anbieter von Öko-Investments bis heute mit Slogans wie: „Profitieren auch Sie von der Energiewende!“

Auch Volker Hippe dachte, dass er nicht nur in eine sichere, sondern auch in eine gute Sache investiert. Seine Frau starb vor 13 Jahren, da war er gerade einmal Mitte vierzig. Eine Lebensversicherung zahlte ihm rund 35 000 Euro aus. „Leg es an für die Kinder“, habe er sich gedacht – die jüngste von drei Töchtern war damals sechs.

Hippe steckte das Geld in den Windpark Amesdorf-Wellen in Sachsen-Anhalt. Der Fonds-Anbieter, die Umwelt Management AG, versprach jährliche Auszahlungen von fünf bis sechs Prozent in den ersten Jahren – und von 20 Prozent und mehr ab 2012.

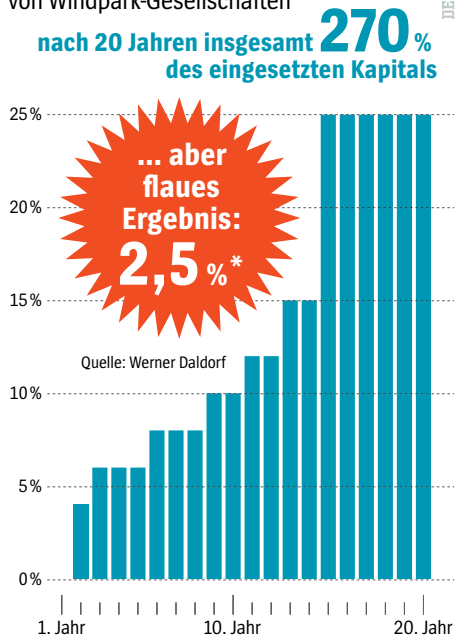
Nach kurzer Zeit allerdings blieben die in Aussicht gestellten Überweisungen aus.

Wer als Anleger derart reinfällt, muss sich oft anhören, dass er eben vorsichtiger hätte sein sollen. Doch Hippe machte den Fehler, den viele machen: Er vertraute einer Bank. Allerdings nicht der Deutschen oder der Commerzbank – sondern der Umweltbank, die auf ökologische Investments spezialisiert ist.

In einem Informationsheftchen bejubelte das Institut im Jahr 2001 Beteiligun-

Viel Wind ...

Prognostizierte Ausschüttungen von Windpark-Gesellschaften



* des eingesetzten Kapitals betragen die durchschnittlichen Ausschüttungen an Anleger pro Jahr von 2000 bis 2012.



Prokon-Chef Rodbertus (r.) Hängepartie für Anleger

gen „an einem solide kalkulierten Windpark“ als „ideale Zusatzrente“.

Wohl kalkuliert waren bei vielen Windpark-Projekten aber allenfalls die Gebühren und Provisionen, die von den beteiligten Firmen abgeräumt wurden. Nicht selten machen die Kosten bei geschlossenen Fonds 15 oder sogar 20 Prozent der Einzahlungen aus, denn bei den komplexen Finanzierungsstrukturen kassiert oft ein halbes Dutzend Unternehmen mit – für bizarr klingende Posten wie Projektierung, Eigenkapitalbeschaffung oder schlicht für: Marketing.

Große Gewinne lassen sich da nur schwer einfahren. Der finanzielle Risikopuffer etwa ist häufig dünn, weil zusätzlich zum eingesammelten Anlegerkapital noch gigantische Kredite bei Banken aufgenommen werden. Oft beträgt der Anteil dieser Fremdfinanzierung 70 Prozent des Fonds-Volumens oder sogar mehr. Viele Verbraucherschützer halten allenfalls die Hälfte für vertretbar, um das Risiko für Anleger überschaubar zu halten.

Denn Gefahren gibt es auch so schon genug. Die junge Windenergie-Technik etwa zeigte schnell ihre Tücken, als sie nach der Jahrtausendwende großflächig zum Einsatz kam: Getriebe versagten, kostspielige und vor allem aufwendige Reparaturen wurden erforderlich.

Vor allem aber spielte die Natur nicht mit. Die Prognosen, wie viel Strom eine Anlage liefern kann, glichen oft Rechnungen aus dem Wolkenkuckucksheim. Der Grund: Gutachter gründeten ihre Aussagen oft auf eine nicht ausreichende Methodik und verzichteten auf kostspielige Langzeitmessungen.

Das Problem: Selbst wenn die Prognosen nur knapp danebenliegen, sind die Auswirkungen gewaltig. Weicht die tatsächliche Windgeschwindigkeit beispielsweise um zehn Prozent vom prognostizierten Wert ab, nimmt die Stromausbeute in einer Dreierpotenz ab: Sie schrumpft um knapp 30 Prozent.

Ob die Angaben der Parkbetreiber angesichts solch enormer Risiken überhaupt

Sinn machten, überprüfte trotzdem lange niemand. Wenn die Finanzaufsicht BaFin Verkaufsprospekte kontrollierte, beschränkte sie sich auf den Check von Formalitäten.

Ein neues Gesetz, das vergangenen Sommer unter anderem für geschlossene Fonds verabschiedet wurde, soll das zwar ändern: Welche Windenergie-Firmen unter die Regelungen fallen, ist wegen etlicher Ausnahmeklauseln aber noch unklar – und die Branche hat längst andere Finanzierungsmodelle gefunden, die für sie nicht weniger lukrativ und für Anleger nicht weniger riskant sind.

Die Darmstädter Windenergie-Firma Breeze Two Energy etwa platzierte im

Jahr 2006 Unternehmensanleihen im Wert von 470 Millionen Euro am Markt, für die eigentlich zwischen 5,3 und 6,1 Prozent Zinsen bezahlt werden sollten. Im Portfolio konnte Breeze Two rund 35 Windparks mit einer Leistung von 310 Megawatt vorweisen – so viel wie ein kleineres Kohlekraftwerk also.

Doch zwischen 2008 und 2011 liefen hohe Verluste auf. Zum Ende des Jahres 2011 war die Firma mit 205,5 Millionen Euro „bilanziell überschuldet“, wie es im damaligen Geschäftsbericht hieß. Nur weil das Insolvenzrecht inzwischen geändert wurde, konnte eine Pleite abgewendet werden: Seit 2008 reicht eine „positive Fortführungsprognose“, damit die Geschäfte weiterlaufen.

Im Grünstrom-Gewerbe ist eine solche Perspektive leicht zu konstruieren: Man muss einfach nur die Behauptung aufstellen, der Wind werde im nächsten Jahr stärker wehen. So gilt das Überleben von Breeze Two der damaligen Geschäftsführung zufolge als „überwiegend wahrscheinlich“ – etliche Anleger verbuchten trotzdem Verluste.

Auf eine ähnliche Hängepartie sollten sich auch Prokon-Investoren einstellen, die sich über sogenannte Genussrechte an dem Unternehmen beteiligt haben. Denn Firmenchef Rodbertus verkündete am Donnerstag zwar vollmundig, er wolle die Liquidität des Unternehmens durch den Verkauf einiger Windparks wiederherstellen.



Faktor zehn

Wirtschaftsminister Gabriel will die Ökostrom-Hilfen für die Industrie kürzen.

Die Debatten um die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sind nicht verklungen, da bereitet Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) schon den zweiten Coup zur Rettung der Energiewende vor. Fieberhaft arbeiten seine Beamten an einem Plan, die milliardenschweren Ökostrom-Subventionen für die Industrie zu kürzen.

In den Chefetagen deutscher Unternehmen hat das Zittern begonnen. Denn Gabriel steht unter Druck aus Brüssel: Die EU-Kommission hat wegen der Ausnahmen ein Beihilfeverfahren gegen Deutschland eingeleitet.

Gabriel muss reagieren, und er weiß auch schon wie. In seiner Schublade liegt ein entsprechendes Konzept der Beratungsfirma Agora Energiewende, die bis vor wenigen Wochen von seinem Staatssekretär Rainer Baake geleitet wurde. Die Grundzüge des Plans dürften auch die Grundzüge von Gabriels Reform werden.

Danach wird die Zahl der Unternehmen, die eine geringere Ökostrom-Umlage zahlen müssen, radikal gestutzt. Nur noch 15 Industriezweige sind aufgelistet. Eisen-, Stahl-, Aluminium-, Papier- und Chemieindustrie fallen darunter. Andere Branchen, wie Zement- und

Nahrungsmittelindustrie oder Schienenbetriebe, sollen nicht mehr begünstigt werden.

Zudem sollen sich die privilegierten Firmen stärker an den Kosten der Energiewende beteiligen. Derzeit zahlen die größten nur einen Bruchteil der EEG-Umlage in Höhe von 6,24 Cent pro Kilowattstunde, nämlich 0,05 Cent. Legt man heutige Kosten zugrunde, müssten sie künftig den zehnfachen Betrag abführen.

Die Ausnahmen für die hiesige Industrie schienen zunächst nachvollziehbar: Konzerne mit hohem Energieeinsatz würden im Wettbewerb benachteiligt, wenn sie die hohen Preise für Ökoenergie in Deutschland zahlen müssten, während die Konkurrenz jenseits der Grenzen billigen Atomstrom einsetzt.

Doch anstatt die Kriterien eng zu fassen und nur wenige Ausnahmen zuzulassen, weitete die Politik die Regeln immer stärker aus. So zählten 2005 gerade einmal 297 Unternehmen zu den geförderten Betrieben. 2013 waren es mehr als 1700, darunter Bäckereien, Mineralwasserabfüller oder Schlachtbetriebe.

Mehr als vier Milliarden Euro wurden den Großverbrauchern im vergangenen Jahr erlassen – auf Kosten mittelständischer Betriebe und normaler Stromkunden. Auf deren Rechnung werden die Ausfälle umgelegt.

„Es verzerrt den Wettbewerb, wenn innerhalb derselben Branche manche begünstigt sind und andere nicht“, sagt Agora-Direktor Patrick Graichen. Zudem habe nur ein Teil der Industrie mit ausländischer Konkurrenz zu kämpfen, so argumentiert die EU-Kommission.

Folgt Gabriel dem Konzept seiner Berater, wären die Konsequenzen erheblich. Die begünstigte Strommenge würde drastisch reduziert, und die auf alle Stromrechnungen erhobene EEG-Umlage

Doch selbst wenn ihm das gelingt, ist unklar, wie und wann die Investoren zu ihrem Geld kommen. Es gebe „Anhaltspunkte dafür“, erklärte der Insolvenzverwalter des Unternehmens am vergangenen Donnerstag, dass „sogenannte nachrangige Forderungen im Insolvenzverfahren nicht berücksichtigt werden müssen“.

Unter bestimmten juristischen Voraussetzungen hieße das: Solange Prokon alle anderen Verbindlichkeiten bedient, aber trotzdem weiter klamm ist, muss die Firma Anlegern womöglich weder Zinsen noch Kapital auszahlen.

Und zwar auf unbestimmte Zeit.

GUNTHER LATSCH, ANNE SEITH,
GERALD TRAUFFETTER



OLIVER BERG / DPA
Lotsten im Tower

LUFTVERKEHR

Präsent zum Fest

Fluglotsen sind eine privilegierte Berufsgruppe. Nun dürfen sie sich über einen weiteren Vorteil freuen: Ihr Chef übernimmt die Steuern für Kuren auf Firmenkosten.

Es gibt nicht viele gute Nachrichten, die Klaus-Dieter Scheurle, 59, seinen Angestellten derzeit überbringen kann. Der Chef der Deutschen Flugsicherung (DFS) muss sparen, weil das Flugaufkommen schrumpft. Auch die EU drängt darauf, Kosten zu senken, um die Airlines zu entlasten.

Umso glücklicher war Scheurle, dass er die rund 2000 Lotsen des bundeseigenen Unternehmens jüngst mit einer guten Nachricht überraschen konnte. Die Firma, teilte er seinen Mitarbeitern kurz vor Weihnachten mit, werde ihnen nicht nur weiter regelmäßige Kur-Urlaube bezahlen, sie werde auch die darauf anfallenden Steuern für die Mitarbeiter übernehmen.

Das Präsent für die DFS-Angestellten, die mit Jahresgehältern von bis zu 180 000 Euro zu den Spitzenverdienern im Lande zählen, zeigt einmal mehr: Kleine, aber einflussreiche Berufsgruppen können sich beachtliche Privilegien sichern, wenn sie nur wollen.

So verlangt die Gewerkschaft der Lokführer für ihre Schutzbefohlenen gerade einen kompletten Rundumschutz, wenn sie bei der Bahn versetzt werden. Die Pilotenvereinigung Cockpit will das Recht ihrer Mitglieder, schon ab dem 55. Lebensjahr in den vorgezogenen Ruhestand zu wechseln, notfalls per Streik verteidigen. Und den Fluglotsen bleibt das Anrecht auf firmenfinanzierte Erholungsreisen erhalten. Es ist sogar in einem gesonderten Tarifvertrag geregelt.

Demnach können die hochbezahlten, aber auch stark belasteten Spezialisten je nach Stressgrad alle drei bis fünf Jahre in ausgewählten Hotels einen knapp vierwöchigen Aufenthalt auf Firmenkosten buchen. Einzige Bedingung: Die Beschäftigten müssen neben Bar, Restaurant und Pool hin und wieder das Fitnessstudio und – zumindest am Anfang – einen Arzt aufsuchen. Und, besser noch, die Kuren mussten bislang nicht einmal als sogenannter geldwerter Vorteil versteuert werden, weil sie die Gesundheit fördern.

Auch die zuständigen Finanzbehörden am Sitz der DFS spielten jahrelang mit – bis zu einem höchstrichterlichen Urteil des Bundesfinanzhofs im März 2010. Der entschied damals in einem seit längerem anhängigen Verfahren, dass derartige Reisen immer dann als verkappter Arbeitslohn einzustufen seien, wenn der medizinische Teil der Sause zu gering, die „persönliche Freiheit“ des Teilnehmers dagegen relativ groß ausfällt. Das damalige DFS-Management fragte daraufhin beim zuständigen Finanzamt in Langen bei Frankfurt an, was der Spruch bedeute. Die Beamten ließen sich Zeit, viel Zeit. Eine Antwort trudelte erst im vergangenen September ein. Sie lautete: Alle Reisen der DFS-Angestellten unterliegen rückwirkend ab 2009 und auch in Zukunft voll der Steuerpflicht.

Die Lotsen waren aufgebracht, und auch DFS-Chef Scheurle wollte nun unbedingt verhindern, dass seine Leute mit Steuernachzahlungen von teilweise mehreren tausend Euro belastet werden. Wenige Wochen später entschied er: Die DFS übernimmt die Forderungen des Fiskus für seine Angestellten in Höhe von rund fünf Millionen Euro. Außerdem will die Firma sich darum bemühen, dass die Erholungsreisen vom nächsten Jahr an wieder steuerfrei genossen werden dürfen.

Seit Anfang Januar können Deutschlands Fluglotsen nun wieder unbeschwert kuren, nur einen Nachteil gibt es: Von 2015 an müssen sie dabei wohl deutlich häufiger als bisher einen Arzt konsultieren.

DINAH DECKSTEIN

lage könnte allein dadurch um 20 Prozent auf rund fünf Cent pro Kilowattstunde fallen. Normalzahler, so die Argumentation, würden dadurch entlastet, wichtige Industrie bliebe trotzdem geschützt.

Auch die Einwände der EU-Kommission könnten mit dem Konzept ausgeräumt werden. Die Liste der 15 Sektoren nämlich wurde von der EU vor geraumer Zeit selbst aufgestellt, um energieintensive Betriebe vor zu hohen Belastungen aus dem europäischen Klimaschutzprogramm zu schützen, wie es in dem Reformpapier heißt.

Bei der Industrie freilich stößt der Plan auf große Skepsis. Zumal Gabriel die Unternehmen vergangene Woche überraschend dazu verdonnerte, künftig EEG-Umlagen für Kraftwerke zur Eigenstromerzeugung zu zahlen. Auch das steht in dem Agora-Konzept. Viele Konzerne hatten in den vergangenen Jahren solche Kraftwerke gebaut, um die steigenden Abgaben zu umgehen. Sollten auf ihren Strom nun EEG-Umlagen erhoben werden, wären sie mit einem Schlag unrentabel, kritisierte die Chemieindustrie.

Der Stahlkonzern ThyssenKrupp hat ausgerechnet, dass ihn die Pläne mit weit über 50 Millionen Euro pro Jahr belasten könnten. Und auch bei den in NRW ansässigen Kohlebetrieben würden die Kosten steigen – allein im RWE-Braunkohletagebau um einen zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr.

Vor einer „Pleitewelle“ in seiner Branche warnt Martin Schneider, Hauptgeschäftsführer der Zementindustrie. Und Bahn-Chef Rüdiger Grube hat bereits durchblicken lassen, wie sein Unternehmen auf die veränderten Regeln reagieren würde: mit einer Erhöhung der Fahrpreise um zehn Prozent.

FRANK DOHMEN, GERALD TRAUFFETTER